ANDREAS
MATTFELDT MdB
Verden-Osterholz

CDU

BERLIN AKTUELL

Liebe Freunde,

diese und die letzte Wochen waren wieder sehr betriebsam für mich und mein Büro. Entsprechend fasse ich die wichtigsten Punkte des parlamentarischen Betriebs der beiden Wochen in diesem Newsletter zusammen.

Nicht ganz schuldlos ist daran das Hin- und Her sowie die Informationspolitik des Bundesministers Habeck und seines Ministeriums. Auch diese Woche Donnerstag, bei den Beratungen zum Wirtschaftsplan des BMWK und einer äußerst kurzfristig anberaumten Sondersitzung des Haushaltsausschuss zum 200 Milliarden Euro-Paket der Bundesregierung, musste ich mit Robert Habeck in eine längere Diskussion gehen, dessen Agieren in letzter Zeit eher krisenverstärkend wirkt.

Hierzu und zu den weiteren wichtigen Themen in den letzten beiden Sitzungswochen des Bundestages gleich mehr.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen!

Herzliche Grüße

Ihr/Euer

Andreas Mattfeldt

FOTO DER WOCHE

Zum Geburtstag auf der Suche nach einer Buddel Werder-Korn

Viele von Euch und Ihnen haben es sicherlich mitbekommen, dass ich in dieser Woche Sonntag 53. Geburtstag gefeiert habe. Für die zahlreichen Glückwünsche auf unterschiedlichsten Wegen und Kanälen möchte ich an dieser Stelle noch einmal ganz herzlichen Dank sagen! Es freut mich wirklich enorm, dass so viele Menschen an mich gedacht haben. Der Geburtstag fing für mich allerdings schon fast eine Woche früher an, als meine Mitarbeiter – zunächst anonym per E-Mail – im Hause nach einer Flasche Werder-Korn gesucht haben, die offenbar in der Hauspost verloren gegangen war. Ich bin dann in der Presse, die plötzlich zu Hauf berichten hat, darauf aufmerksam geworden. Ein paar Minuten hat es gedauert, bis ich realisiert habe, dass die Suche aus meinem Büro stammt. Umso witziger fand ich die Aktion natürlich auch, wenn ich dann schon wusste, was das eigentliche Geschenk sein sollte :-).
Augenscheinlich wurde die E-Mail von einem anderen Büro an die Presse weitergeleitet, die daraus zahlreiche Berichte gemacht hat. Neben den vielen Krisenthemen, die derzeit die Medien beherrschen tat es auch der Presse scheinbar ganz gut, auch mal wieder über ein anderes, lockeres Thema zu berichten. Meine Sympathie haben sie!
Gesucht wird – im Übrigen weiterhin – eine limitierte Flasche Werder-Korn, die eine Saison unter der Ostkurve im Bremer Weserstadion gereift ist. Hiervon gibt es nur 921 Stück. Diese Zahl steht in Summe für die Zahl 12, die den sogenannten 12. Mann im Fußball, der der Fan ist, symbolisiert. Als großer Werder-Fan hätte ich mich selbstverständlich riesig gefreut, aber auch die Pressemeldung war eine tolle Überraschung.
Es gab noch einen Grund zur Freude. In dieser Woche wurden in der Fraktion sämtliche Posten neu gewählt. Hierzu zählen neben dem Fraktionsvorstand auch die Sprecher der Fachbeitsgruppen sowie die Landesgruppenvorsitzenden. Ich freue mich sehr, dass meine Kollegen der Union mich zum neuen Sprecher für den Petitionsausschuss gewählt haben. Die Arbeit in diesem Bereich liegt mir seit 13 Jahren sehr am Herzen und ich freue mich auf die kommende Zeit mit tollen Kolleginnen und Kollegen, um den Bereich weiter auszugestalten.

THEMEN DER WOCHE

Chaotische Zustände im BMWK

Momentan braucht man nur einen Blick in die deutsche Medienlandschaft zu werfen, um festzustellen, dass es neben der Energiekrise auch eine Krise innerhalb der Ampel-Koalitionäre gibt. Prominent ist dies in den letzten Tagen bei dem Schlagabtausch zwischen Vizekanzler und Bundesminister Habeck sowie Bundesfinanzminister Lindner zur Frage der Rechtmäßigkeit der Gasumlage zu Tage getreten. Sekundiert wurden die beiden jeweils von Mitgliedern der Grünen und der FPD – angefeuert von der SPD.
Dass sich Koalitionäre uneinig sind ist nichts Neues und gehört zu einer Demokratie. In einer Krisensituation wie der jetzigen müssen die Bürger aber auch verlangen können, dass sich die Regierungsmitglieder in wesentlichen Punkten einig sind und gegenseitig unterstützen, statt sich medial immer wieder den schwarzen Peter zuzuschieben.

Auch diese ausgetragenen Unstimmigkeiten haben zu der Verunsicherung und dem Chaos beigetragen, das derzeit bezüglich der Sicherung unserer Energieversorgung wahrgenommen wird.

In Krisenzeiten kann auch der Opposition zugemutet werden, mit der Regierung an einem Strang zu ziehen. Zur zentralen Pflicht der Opposition in einer Demokratie gehört es aber auch, Missstände aufzuzeigen. Hier musste ich und andere Kollegen leider feststellen, dass das Chaos nicht nur oberflächlich, sondern auch tiefgreifend Einzug in das Ministerium für Wirtschaft und Energie gehalten hat. Das Hin und Her, dass viele bei der Gasumlage miterleben, mussten wir bereits seit Wochen mit Besorgnis wahrnehmen. So wurden Aussagen getätigt und Zusagen gemacht, die kurz darauf, teilweise schon innerhalb weniger Stunden, bereits überholt und widerlegt waren. Diese bewusst oder unbewusst gegenüber dem Haushaltsausschuss getroffenen Fehlinformationen hatten die Fraktionen im Ausschuss auch mehrfach gerügt. Dass daneben auch im Außenverhältnis medial verkündete Ergebnisse nicht im Bundesministerium umgesetzt wurden, ist der traurige Schlusspunkt. Beispielhaft dafür waren die Beratungen des Haushaltsausschusses zum Wirtschaftsplan des BMWK am letzten Donnerstag, bei denen auch der Minister natürlich anwesend war. Da just erste Presseartikel zum 200 Milliarden Euro-Paket der Bundesregierung aufauchten, fragte ich den Minister, warum er es erneut unterlasse, das Parlament rechtzeitig über derartige Entwicklungen zu informieren. Die Antwort des Ministers war, dass das Paket noch beraten werde. Nur wenige Stunden nach dieser Aussage im Ausschuss wurde dann eben jenes Paket durch die Bundesregierung verkündet.

Im Sinne des Wohlergehens unseres Landes hoffe ich daher, dass sich die Zustände im BMWK und auch die Informationspolitik gegenüber dem Parlament schnellstmöglich ändern. Wir werden weiterhin unser Bestes tun, um das Ministerium hierzu zu bringen.

Beratungen zum Einzelplan des BMWK

Wie bereits angesprochen, haben wir am Donnerstag den Einzelplan des BMWK im Haushaltsausschuss beraten. Dabei haben wir 23 Anträge eingebracht. Um hier nicht den Rahmen zu sprengen, möchte ich Ihnen eine Auswahl von Anträgen darstellen, die mir besonders am Herz lagen:

So haben wir zum einen zur Fristverlängerung im Bundesprogramm zur Förderung infektionsschutzgerechter raumlufttechnischer Anlagen (RLT-Anlagen) beraten. Die Union spricht sich dafür aus, den antragstellenden Kommunen sowie Bildungs- und Pflegeeinrichtungen eine Fristverlängerung über die, für größere Baumaßnahmen, vorgesehenen zwölf Monate hinaus zu gewähren, die infolge von Fachkräftemangel und Lieferengpässen in Verzug geraten sind. Die Ampel-Koalition lehnt dies ab. Für Kommunen, Schulen, Pflegeeinrichtungen, Krankenhäuser und Tagesstätten ist dies ein Schlag ins Gesicht! Bislang konnten Antragsteller bei Förderprogrammen des Bundes davon ausgehen, dass ein gewisser Vertrauensschutz besteht: Wer fristgerecht auf frei von Formfehlern einreicht, bekommt Geld – und Förderrichtlinien, die je eben diese Fristverlängerung erlauben, werden umgesetzt. Jetzt heißt es: Pusteblume!
In meinem Büro türmen sich die Beschwerden von Bürgermeistern, Rektoren und Geschäftsführern, die durch Verzögerungen im Bauablauf unverschuldet in Not geraten sind. Wenn man ein Förderprogramm so umsetzt, dann sollte man es besser gleich sein lassen.

Auch über ein von uns eingebrachtes Fachkräfte-Azubi-Paket hat der Haushaltsausschuss abgestimmt. Hierin fordern wir, die Berufliche Bildung für den Mittelstand (Lehrlingsunterweisung) und die Fortbildungseinrichtungen dauerhaft und jeweils auf 70 Mio. Euro pro Jahr anzuheben. Darüber hinaus fordert die Union, für die Fachkräftesicherung bei kleinen und mittleren Unternehmen um 7,5 Mio. Euro auf dann 30 Mio. Euro zu erhöhen. Das Gesamtpaket hat ein Volumen von über 52 Mio. Euro. Das Stimmverhalten der Ampel-Koalition und deren eingebrachte Anträge haben eines gezeigt: Fachkräftesicherung und Azubis sind schlichtweg nicht auf der Tagesordnung dieser Koalition. Bei den Fachkräften blieb die Ampel 5 Mio. Euro hinter den Forderungen der Union und die Fortbildungseinrichtungen hat die Ampel offensichtlich gar nicht auf dem Schirm. Und das, obwohl dem Bundeswirtschaftsministerium Projektanzeigen von insgesamt 700 Mio. Euro bekannt sind – so viel wie noch nie! Wenigstens bei der Lehrlingsunterweisung sind sie der Idee aus der Union gefolgt – konnten sich aber dennoch nicht zu einer dauerhaften Bereitstellung jährlich 70 Mio. Euro durchringen. Schon bezeichnend für eine Koalition mit einem sozialdemokratischen Kanzler an der Spitze.

Zudem haben wir ein Maßnahmenpaket für die krisengebeutelte deutsche Wirtschaft eingebracht. Auch um positive Effekte auf den Arbeitsmarkt auszulösen sind folgende Erhöhungen geplant: Das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand und Industrieforschung um jeweils 50 Mio. Euro, Maritime Technologien und Schiffbau um über 13 Mio. Euro, Entwicklung digitaler Technologien um 31 Mio. Euro und für Sprunginnovationen insgesamt fast 9 Mio. Euro für die Jahre 2024 bis 2027. Auch dieses Maßnahmenpaket ist mit den Stimmen der Ampel-Koalition abgelehnt worden. Die Ablehnung des Maßnahmenpakets der Union fügt sich in die ideologiegetriebene Politik des Bundeswirtschaftsministeriums ein: Kahlschlag bei der Wirtschaftsförderung, fette Jahre bei den mittlerweile völlig überladenen Klimaetiteln. Keine Frage, dass Klimaschutz wichtig ist. Haushaltsinterne Gegenfinanzierungen zugunsten der Klimatitel bei der Wirtschaftsförderung lehne ich aber ab. Bei der Mittelstandspolitik sind 56 Mio. Euro gestrichen worden, bei der Luft- und Raumfahrt 59 Mio. Euro und im Bereich der Globalisierung 286 Mio. Euro. Die Politik der Ampel ist einfach nur krisenverschärfend.

Wolfspopulation in Deutschland

Auch abseits des Themenfelds Energie gibt es noch einige wichtige Themen. Für ländliche Gebiete ist der Umgang beispielsweise nach wie vor von Relevanz. Denn die Wolfspopulation in Deutschland wächst. Die daraus resultierenden zunehmenden Schäden durch Angriffe auf Weide- und Nutztiere rücken weiter in den Vordergrund. Mit unserem Antrag Ausgewogene Balance zwischen dem Schutz von Mensch und Tier sowie dem Artenschutz herstellen – Bejagung des Wolfes im Rahmen eines Bestandsmanagements ermöglichen greifen wir die berechtigten und zunehmenden Sorgen der Weidetierhalter sowie der Bevölkerung in den ländlichen Regionen auf. Im Jahr 2020 wurden rund 4.000 Weidetiere – überwiegend Schafe, aber auch Rinder und Pferde – von Wölfen getötet. Die bisherigen Präventionsmaßnahmen haben nicht die gewünschten Erfolge gebracht. Deswegen brauchen wir jetzt ein aktives Wolfsbestandsmanagement. Konkret wird die Bundesregierung u.a. dazu aufgefordert, den Erhaltungszustand des Wolfes unverzüglich zu definieren und eine rechtssichere Entnahme zu ermöglichen. Nur durch die Jagd überfüllige Bestätigung eines guten Erhaltungszustands der Wolfspopulation in Deutschland sowie durch ein nachhaltiges Bestandsmanagement können die berechtigten Interessen der Bevölkerung, der Weidetierhalter und des Artenschutzes unter einen Hut gebracht werden.
Mit unserem Antrag Bewusste Kaufentscheidungen fördern – Verlässliche und relevante Verbraucherinformation stärken fordern wir bessere Informationen für Verbraucher beim Kauf von Produkten, Dienstleistungen und bei der Nutzung digitaler Dienste. Ohne aussagekräftige und verlässliche In-formationen können Verbraucher keine bewussten und selbstbestimmten Kaufentscheidungen treffen. Besonders hervorzuheben ist der Vorschlag für mehr Transparenz bei den Kraftstoffpreisen: Die Mineralölunternehmen sollen verpflichtet werden, ihre Preisbestandteile an die Markttransparenzstelle beim Bundeskartellamt zu melden. So kann diese besser einschätzen, ob staatliche Entlastungen tatsächlich an die Verbraucher weitergegeben werden.

Unser Antrag: Zukunft der Sprach-Kitas sichern

Die Bundesregierung will das Förderprogramm „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist" beenden. Ich hatte bereits im Frühsommer hierzu informiert. Die Entscheidung wird seitdem von vielen Seiten kritisiert, denn das Bundesprogramm war außerordentlich erfolgreich. Mit unserem Antrag Qualität in der Kinderbetreuung sicherstellen – Bundesprogramm „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist" muss fortgesetzt werden fordern wir die Bundesregierung auf, sich für eine Fortsetzung des Programms einzusetzen und dies weiterzuentwickeln. Der frühkindlichen Sprachförderung müssen wir weiterhin hohe politische Priorität einräumen.

Umso mehr freue ich mich, dass auch meine Unterstützung einer entsprechenden Petition an den Deutschen Bundestag Früchte getragen hat. Von anfänglich 13.000 Unterschriften haben wir es geschafft, dass die Petition zum Erhalt dieses tollen Projektes auf über 212.000 Mitzeichnungen angestiegen ist. Die Petenten werden damit demnächst zu einer Öffentlichen Anhörung des Petitionsausschusses eingeladen werden, um ihr Anliegen auch dort zu vertreten. Ich würde mich freuen, wenn sich dadurch auch endlich die Ampel-Koalitionäre überzeugen ließen.

WAHLKREIS AKTUELL

Verdener und Langwedeler Schüler zu Besuch in Berlin

In der vergangenen Woche habe mich erneut über den Besuch zahlreicher Schülerinnen und Schüler aus meinem Wahlkreis gefreut. Rund 150 junge Leute haben mit ihren Lehrkräften das politische Berlin besucht und sich den Reichstag angeschaut. Zu Besuch waren dieses Mal drei Schulklassen des Domgymnasiums in Verden, die über das Öffentlichkeitsprogramm der Bundeswehr, gemeinsam mit Jugendoffizier Christopher Marschall, in die Bundeshauptstadt gereist waren sowie zwei Klassen der Oberschule am Goldbach in Langwedel. Neben guten Diskussionsrunden habe ich den jungen Leuten bei einem Rundgang durch den Reichstag gezeigt, wo die Politik auf Bundesebene passiert. Die Schüler hatten tolle Fragen im Gepäck und es freut mich immer besonders, wenn ich wenig „Politik zum Anfassen" vermitteln kann, die den frontalen Unterricht aus der Schule um praktische Weise ergänzt.

BÜRO BERLIN
Platz der Republik 1 | 11011 Berlin | Tel.: 030 - 22 77 13 24
andreas.mattfeldt@bundestag.de | www.andreas-mattfeldt.de

CDU